Nummer 398

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: L. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Freitag, 27. August 1926

Internationale Luftverkehrsverhandlungen in Berlin.

Heute vormittag um zehn Uhr hat in Berlin die diesjährige Hauptsitzung der internationalen Air Traffic Association (Iata) begonnen. Die zuständigen Regierungsstellen nehmen an dieser Tagung sichtlich großes Interesse; so hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann den Bundesratsfaal des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt, nachdem im vorigen Jahr die französische Regierung die Vertreter der Internationalen Luftfahrtgesellschaften am Quai d'Orsay empfangen und ihnen dort Tagungsräume zur Verfügung gestellt hatte. Zu den diesjährigen Besprechungen in Berlin sind die Direktoren fast aller europäischen Luftfahrtgesellschaften erschienen, und man sah die Delegierten Englands, Belgiens, Frankreichs, Hollands, Italiens, Norwegens, Vertreter aus Oesterreich, Schweden, der Schweiz, Polen, der Tschechoslowakei, Estlands, Albaniens, Dänemarks, Finnlands, Rußlands und selbstverständlich der deutschen Gesellschaften.

Das Reichsverkehrsministerium hatte Ministerialrat Brandenburg und Geheimrat Fisch delegiert, die Gäste im Namen der Reichsregierung zu empfangen. In seiner Ansprache betonte Ministerialrat Brandenburg auch ausdrücklich das große Interesse, das alle zuständigen Stellen an dieser Tagung nehmen, die berufen sei, die guten Beziehungen der Nationen im friedlichen Wettbewerb zu fördern. Nachdem die offiziellen Begrüßungen erledigt waren, trat man dann sofort in die Verhandlungen ein, die nicht nur eine Uebereinkunft über den internationalen europäischen Winterflugplan vorsehen, sondern die sich auch mit der ebenso interessanten wie notwendigen Frage eines internationalen Flugscheines, der Aufstellung einer Statistik des Luftverkehrs, Fragen der Haftung bei Flugtransporten und der Einführung eines internationalen Luftfrachtbriefes beschäftigen werden.

Zu 1 Uhr mittags hatte dann die Deutsche Lufthansa die Gäste nach dem Flughafen Tempelhofer Feld geladen, wo Direktor Wronsky die Führung der Delegierten übernahm.

Zivil- und Militärluftfahrt gleichgestellt.

„Bitterste Polemik" im Abrüstungs-Ausschuß.

London, 27. August.

Der Genfer Korrespondent der „Morning Post" meldet, daß in der gestrigen Sitzung des Vorbereitenden Abrüstungs-Ausschusses ein von Frankreich eingebrachter Antrag angenommen wurde, wonach Zivilflugzeuge und Zivilflieger sowie das gesamte in der Luftfahrt beschäftigte Arbeitspersonal mit zu den Faktoren gehören soll, nach denen die militärische Luftstärke der einzelnen Länder bestimmt wird. Das Blatt bemerkt dazu, durch diesen Beschluß sei die Frage der Luftabrüstung gleichsam ad absurdum geführt worden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Engländern und Amerikanern einerseits und der von Frankreich geführten Mächtegruppe andererseits haben in Genf nunmehr einen Grad erreicht, in welchem bitterste Polemik und Sarkasmus das Merkmal jeder Sitzung sei.

Genf, 27. August.

Die Militärische Unterkommission der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, während der Arbeiten der Völkerbundsversammlung vom 9. bis 27. September ihre Tagung zu unterbrechen.

Die Umtaufe der Deutschen in Südtirol.

Ein Dokument italienischer Kulturschande.

Rom, 26. August.

„Agenzia Ufficiale" veröffentlicht heute das Dekret über die Italianisierung der Südtiroler Familiennamen. Der Präfekt der Provinz Trient wird eine Liste der Namen und Adelsprädikate aufstellen, die die italienische Form zu erhalten haben. Ferner wird eine genaue Liste derjenigen Familien aufgestellt werden, die den gleichen Namen tragen. Dann werden die Betreffenden den italienischen Namen bzw. den Adel in italienischer Form erhalten, und zwar wird jedem Familienmitglied ein besonderes Dekret zugestellt. Das Dekret wird auch dem Gemeindevorstand zwecks entsprechender Eintragung in die Register übermittelt werden.

Polnischer Gewaltstreich gegen die deutschen Schulen.

Wieder ein unerhörter Verstoß gegen das Genfer Abkommen.

Mtd Kattowitz, 27. August.

Für das am 1. September d. J. beginnende neue Schuljahr sind, wie jetzt feststeht, rund 8500 Anmeldungen von Schulanfängern für die deutschen Minderheitsvolksschulen erfolgt. Daß die Zahl der Anmeldungen größer sein würde als in den vorhergehenden Jahren, war bereits seit einiger Zeit bekannt. Sämtliche polnischen Zeitungen haben deshalb schon damals einen neuen Hetzfeldzug gegen die deutschen Schulen eingeleitet und gegen den Deutschen Volksbund die schon aus früheren Jahren bekannten Vorwürfe erhoben, unter denen der kräftigste der war, daß der Volksbund die polnischen Eltern bestochen und die Kinder „das Stück für 150 Zloty" gekauft habe. Selbstverständlich erwiesen sich alle von der polnischen Presse aufgestellten Behauptungen als falsch.

Mit legalen Mitteln konnte also gegen das Steigen der Anmeldungen nichts ausgerichtet werden. Die polnischen Behörden haben jedoch einen für sie sehr einfachen Ausweg aus ihrer Verlegenheit gefunden. Sie setzten sich ohne weiteres über die einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens hinweg und erklärten rund 7000 von den 8500 Anmeldungen als ungültig, und zwar fast ausnahmslos mit der Begründung, daß die Eltern Polen und die deutschen Schulen nur für die Deutschen bestimmt seien. Diese Begründung widerspricht den klaren Bestimmungen des Genfer Abkommens, in dem die Entscheidung darüber, welche Schule die Kinder besuchen sollen, ausdrücklich den Eltern vorbehalten ist, deren Erklärung weder nachgeprüft noch beanstandet werden darf. Offenbar hat man mit der Bekanntgabe der Ungültigkeitserklärungen absichtlich bis zu dem Augenblick gewartet, in dem der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Herr Calonder, in Urlaub ging, den er vor etwa 14 Tagen angetreten hat. Man hofft, auf diese Weise den Verstoß gegen das Genfer Abkommen ungestört begehen zu können. Tatsächlich besteht die Gefahr, daß die Kinder, deren Anmeldungen als ungültig erklärt worden sind, in die polnische Schule geschickt werden, da bis zum Beginn des Schuljahres das eingeleitete Beschwerdeverfahren selbstverständlich nicht durchgeführt werden kann. Im allgemeinen hat man einfach die Anmeldungen all derjenigen Kinder gestrichen, deren Namen polnisch klingen.

Wie wir in den Völkerbund hineingehen.

Wie demokratische und sozialdemokratische Blätter bekanntgeben, haben im Außenpolitischen Ausschuß des Reichstages gestern die Völkischen, die Deutschnationalen und die Kommunisten für einen kommunistischen Antrag gestimmt, den Reichstag einzuberufen zur Entscheidung über einen Antrag auf Zurückziehung des Gesuchs um Aufnahme in den Völkerbund. Alle anderen Parteien, also die große Mehrheit, haben die Politik des Kabinetts Marx-Stresemann in der Völkerbundsfrage auch diesmal wieder gutgeheißen und dem Kabinett sogar ein so großes Vertrauen mit auf den Weg gegeben, daß eine Einberufung des Reichstages vor Dezember überhaupt nicht ins Auge gefaßt worden ist.

So sind die Würfel gefallen. Deutschland wird in den Völkerbund eintreten. Die geheim betriebenen diplomatischen Vorverhandlungen haben offenbar eine volle Einigung des Reichskabinetts mit England und Frankreich und auf dem Umwege über diese beiden mit den von ihnen geführten Gruppen gebracht. Wie die Verständigung aussieht, ist auf Grund von Informationen von unterrichteter Seite auch von uns heute morgen mitgeteilt worden. Deutschland wird zunächst allein in den Völkerbund und in den Rat aufgenommen, dann wird Organisation und Zahl des Rats geändert und einen Tag später wird Polen in den Rat gewählt, und so befürchten wir, auf Grund vorheriger Verabredungen dürfte auch die deutsche Delegation dafür stimmen oder wenigstens nicht ein „Nein" sagen, was auf dasselbe hinausliefe.

Blickt man zurück auf die Entwicklung seit Anfang des vorigen Jahres, so sieht man, daß dem Volk der Sicherheitspakt mit Frankreich und Belgien und unser freiwilliger Verzicht auf Elsaß-Lothringen mundgerecht gemacht wurden mit dem Hinweis, daß wir freie Hand im Osten zur Aenderung unserer dortigen unmöglichen Grenzen dafür erhalten würden. In Locarno wurde das Gegenteil unterschrieben, nicht nur der Westpakt, sondern auch der Ostpakt erkennt ausdrücklich und freiwillig die vom Versailler Vertrag gezogenen Grenzen Deutschlands an. Dann kam die Agitation für den Eintritt in den Völkerbund. Offiziell und noch mehr offiziös wurde bei uns erklärt, gleichzeitige Erteilung eines ständigen Ratssitzes an Polen mit Deutschland sei für uns unerträglich und unannehmbar, da eine solche Bevorzugung Polens nur, wie es von der Gegenseite auch zugegeben wurde, ein neues Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerbund schaffen solle. Der Versuch, Deutschland in den Völkerbund hineinzubringen, scheiterte im März. Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen und wir haben nicht nur die vom Reichskanzler Marx zugegebenen Enttäuschungen bezüglich der Auswirkungen und Rückwirkungen des Locarnovertrages und des Locarnogeistes erlebt, sondern auch, daß sogar in der polnischen Frage ein Kompromiß geschlossen worden ist, bei dem unsere amtliche Außenpolitik so ziemlich genau dahin gegangen ist, wohin Frankreich und Polen sie haben wollten. Polen erhält einen „nicht ganz" ständigen Sitz gleichzeitig mit Deutschland. Alles was früher als gefährlich und unannehmbar hingestellt worden war, wird jetzt erträglich und vielleicht sogar „vorteilhaft" für uns.

Zu unseren bekannten sachlichen Bedenken gegen die Locarnopolitik kommt nunmehr erst recht auch noch der bittere Nachgeschmack der Methoden hinzu, mit denen das heutige Ergebnis erreicht worden ist.

Gegen die Reichstagsmehrheit gibt es keine Revisionsinstanz.

Wie wir Zusammenbruch und Revolution, den Dawesplan und Locarno haben hinnehmen müssen, so bleibt auch jetzt wieder nichts anderes übrig, als ein Faktum festzustellen und damit zu arbeiten. Unsere schwere Aufgabe aber bleibt bestehen: nach Genf unser Volk nicht noch tiefer in den Pazifistengeist und die Völkerbundsduselei hineinsinken zu lassen. Auch im Völkerbund muß das deutsche Volk nur macht- und realpolitisch denken.

Dr. Oestreich.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Von der deutschnationalen Pressestelle erfahren wir:

Der Herr Außenminister hat die deutschnationale Volkspartei um ihr Einverständnis zur Berufung des Professors Hoetzsch in die jetzt zu bildende Genfer Delegation ersucht. Der Parteivorsitzende hat namens der Parteileitung für diese Absicht mündlich und schriftlich seinen Dank ausgesprochen. Dabei hat er der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß eine Zuziehung von Parlamentariern zu der Genfer Konferenz einer geschlossenen Führung der Reichspolitik Schwierigkeiten bereiten könnte. Die gestellte Frage selbst hat er, ohne diese Bedenken zu vertiefen, dahin beantwortet, daß er angesichts der Unsicherheit der gegenwärtigen politischen Lage, die für Deutschland allein schon durch die Stichworte Besatzungs- und Entwaffnungsfrage gekennzeichnet wird, und angesichts der unklaren Stellung, die den Parteivertretern in der Konferenz auch hinsichtlich ihrer Entschlußfreiheit und ihres Einflusses zufällt, in Uebereinstimmung mit Herrn Professor Hoetzsch gebeten hat, von der Berufung des Herrn Professor Hoetzsch in die jetzt bildende Delegation absehen zu wollen.

Dazu erfahren wir noch Folgendes: Der Parteivorsitzende hat die Zustimmung des in der Schweiz weilenden Professors Hoetzsch eingeholt und selbstverständlich seine Antwort nicht gegeben, ohne das die gesamte Lage mit dem Herrn Außenminister und dem Auswärtigen Ausschuß eingehend geklärt wurde. Während die Deutschnationale Volkspartei die Locarno- und Völkerbundspolitik der letzten Zeit nicht billigen, insbesondere auch ihr Einverständnis nicht dazu geben kann, daß man in der immer noch ungeklärten und unbefriedigenden Lage der Verhandlungen über Besatzung und Entwaffnungskontrolle vorbehaltlos in den Völkerbund eintritt, ist sie gewillt, wenn der Eintritt gegen ihren Widerspruch vollzogen sein wird, an der sich daraus ergebenden deutschen Politik und ihrer Vertretung im Völkerbund sachlich mitzuarbeiten. Bei der bevorstehenden Genfer Konferenz tritt indessen eine klare materielle und formelle Scheidung der auf Eintritt in den Völkerbund gerichteten und die Bedingungen dafür normierenden Tätigkeit einerseits und der von Deutschland im Völkerbund als dessen Mitglied zu leistenden Arbeit andererseits noch keineswegs voll in Erscheinung. Um so entscheidender müßten die Bedenken sein, die sich aus der Stellung ergeben, die den parlamentarischen Vertretern in der Delegation zufallen würde. Mag das Völkerbundstatut die formelle Möglichkeit eröffnen, daß der einzelne Delegierte eine selbständige und abweichende Haltung einnimmt, so würde davon im vorliegenden Falle praktisch nicht Gebrauch gemacht werden können. Gerade die Deutschnationalen legen grundsätzlich entscheidenden Wert darauf, daß Deutschland dem Ausland gegenüber durch die Exekutive einheitlich vertreten wird. So ist denn auch ausdrücklich festgestellt worden, daß, wie es kaum anders sein kann, auch der deutschnationale Vertreter bei den eigentlichen Entscheidungen an die Instruktionen der deutschen Reichsregierung und die Gesamthaltung der Delegation gebunden würde, die ohne entscheidende Mitwirkung der Deutschnationalen Volkspartei festgelegt werden. Die ihm so vorgeschriebene Haltung aber würde, da er nicht aufhört gleichzeitig Parteivertreter zu sein, praktisch die Partei binden und in die Verantwortung für die Regierungspolitik hineinziehen. Auf diese hat die Deutschnationale Volkspartei, solange sie nicht Regierungspartei ist, nicht den hierzu erforderlichen Einfluß. Verantwortung ohne entsprechenden Einfluß zu übernehmen ist unmöglich.

Kombinationen.

TU London, 27. August.

Der „Evening Standard" bringt einen Artikel seines „diplomatischen" Korrespondenten, der den ganzen Fragenkomplex der bevorstehenden Genfer Tagung nochmals eingehend behandelt. Der Korrespondent weiß zunächst zu melden, daß der spanische Anspruch auf Danger von der Downing Street anfangs nicht ungünstig aufgenommen worden sei. Die britische Admiralität habe aber unmittelbar darauf Vorstellungen bei der britischen Regierung erhoben und darauf hingewiesen, daß Tanger ebenso wie Gibraltar einer der Eingänge zum Mittelländischen Meere bzw. zum Atlantik sei. Spanien besitze schon Ceuta, das nur 70 Meilen von Tanger entfernt sei. Bei der heutigen Entwicklung der U-Boot-Technik sei die Möglichkeit einer Gefährdung der englischen Interessen um Gibraltar unverkennbar. „Evening Standard" will wissen, daß die auf diese Vorstellungen sich entspinnenden Auseinandersetzungen mit dem Auswärtigen Amt zugunsten des Standpunktes der Admiralität beendet seien. Chamberlain habe daraufhin den Auftrag erhalten, in Genf den Abschluß einer „vernünftigen" Konvention zwischen Frankreich, Spanien und Italien zu beobachten. Vernünftig insoweit, als die britischen Interessen keineswegs gefährdet werden dürften.

Dem Besuch Fromageots in Berlin legt der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard" folgende Bedeutung zugrunde: Die deutsche Regierung sollte veranlaßt werden, ihre Haltung hinsichtlich eines Kompromisses über die Ratserweiterung bzw. Reorganisation im Sinne des von der französischen Regierung gemachten Vorschlages zu revidieren, nachdem dieser Vorschlag von englischer Seite bereits gebilligt worden sei.

Als größte Sensation bringt „Evening Standard" dann noch die Mitteilung, daß die militärischen Kontrollorgane die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Belgiens auf eine, wie der Korrespondent sich ausdrückt, „aufsehenerregende" Entdeckung gelenkt hätten: Deutschland lasse in Amsterdam und auf der Scheldte Vorbereitungen für den Bau gewisser Unterseeboote treffen. In Berlin seien bereits Vorstellungen erhoben worden. Eine Antwort von dort stehe aber noch aus.

Die beiden letzten Sensationen des „Evening Standard" haben selbstverständlich in Berlin, wenn auch nicht Aufsehen, so doch Beachtung erregt. Man kann wohl nach allem, was bisher über die Haltung Englands auf der bevorstehenden Genfer Tagung bekannt geworden ist, nicht annehmen, daß den Meldungen der englischen Zeitung irgend welche offiziösen Quellen zugrunde liegen. Die Vermutung liegt vielmehr nahe, daß der „Evening Standard", wie in früheren Fällen, aber unter dem Einfluß ausländischer Kräfte, die es für richtig befinden, wieder einmal die ruhige Entwicklung der internationalen Diplomatie zu stören, diese Sensationen kreiert hat. In allen einsichtigen Kreisen erklärt man, daß die Behauptung, daß Deutschland U-Boote im Ausland bauen lasse, ohne weiteres als Erfindung zu erkennen sei. Wenn es wirklich in Deutschland Leute gebe, die die natürliche Friedensposition Deutschlands nicht für richtig hielten und deshalb irgend welche Rüstungsvorbereitungen treffen wollten, so würden sicherlich auch diese Kreise nicht gerade darauf verfallen, an so sichtbarer Stelle, wie in den neutralen Staate Holland, sich mit dem Bau von ausgerechnet Unterseebooten zu befassen. Es dürfte nur der Veröffentlichung der „Evening-Standard"-Meldungen in der holländischen Presse bedürfen, um dort sofort ein energisches und lückenloses Dementi dieser Tartarenmeldung hervorzurufen.

In der Frage der voraussichtlichen Ergebnisse der Arbeiten der Studienkommission dürften die Mutmaßungen des „Evening Standard" ebenfalls unrichtig sein. Die gestrigen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben aufs deutlichste gezeigt, daß Deutschland in der Frage der Ratssitze seinen ruhigen und sachlichen Standpunkt beizubehalten gedenkt, den Herr v. Hoesch im Auftrage der deutschen Regierung schon bei der ersten Sitzung der Studienkommission darlegte. Eine grundlegende Aenderung der Cecilschen Vorschläge, denen Deutschland seine Zustimmung gegeben hat, dürfte wohl nicht nur bei der deutschen Regierung auf Erstaunen und Ablehnung stoßen. Es ist nach allem und auch nach dem Besuch Fromageots in Berlin nunmehr noch als sicher anzunehmen, daß zwischen England, Frankreich und Deutschland keinerlei Differenzen irgendwelcher Art zurückgeblieben sind.

Botschafter von Hoesch in Berlin.

TU Berlin, 27. August.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, traf heute in Berlin ein, um von der Reichsregierung Richtlinien für die Verhandlungen in der Studienkommission entgegenzunehmen.

(Weitere Genfer Nachrichten siehe Seite 2.)

Die Garantiepakt-Verhandlungen der Randstaaten mit Rußland.

Moskau, 26. August.

Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht ein Memorandum der lettländischen und der estländischen Regierung, worin die Bereitschaft zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Sowjetregierung über den Abschluß eines Garantiepaktes ohne vorherige Einberufung einer Kommission zur Prüfung dieser Frage ausgesprochen wird. Die Sowjetregierung hat ihre bevollmächtigten Vertreter in Riga und Reval beauftragt, unverzüglich Verhandlungen einzuleiten.